

Neues Schloss: Petition nicht stattgegeben

Landtag hat entschieden

Baden-Baden (hol) – Der Petitionsausschuss des Landtages hat der Petition des Baden-Badeners Rainer Adam, Mitglied im Freundeskreis Neues Schloss, der sich mit seiner Eingabe gegen die Planung für ein Fünf-Sterne-Hotel im Neuen Schloss gewandt hatte (wir berichteten), nicht stattgegeben. „Der Petition kann nicht abgeholfen werden“, heißt es in der Beschlussempfehlung des Ausschusses, die gestern dem baden-württembergischen Landtag vorgelegt wurde. Der Landtag hat diese Beschlussempfehlung bei seiner Sitzung gestern Abend auch mitgetragen.

„Entgegen der Aussagen des Petenten kann keine beachtliche Verletzung von Vorschriften über die Aufstellung des Bebauungsplans festgestellt werden“, heißt es in der rechtlichen Würdigung in der Sitzungsvorlage für den Landtag. Insbesondere seien die Fristen für die Offenlage eingehalten worden. Zwar sei es so, dass der Inhalt des Bebauungsplanes beim Satzungsbeschluss vom Entwurf bei der Offenlage abweiche, weil nun nicht mehr eine Wohnnutzung ausschließlich in den oberen drei Vollgeschossen des Neubaus vorgesehen sei, sondern auf maximal 4 000 Quadratmetern Geschossfläche im gesamten Neubau. Eine erneute Offenlage sei aber deshalb nicht erforderlich gewesen.

In der Folge verweist der Petitionsausschuss auf die Planungshoheit der Stadt, die es für erforderlich gehalten habe, den Bebauungsplan zugunsten des langfristigen Erhalts des Neuen Schlosses zu ändern. Es sei „Aufgabe der Stadt, ihre Planungsziele im Rahmen der ihr grundgesetzlich garantierten Selbstverwaltung zu sichern“. Das erledge sie „in eigener Verantwortung“. Denkmalschutz und Artenschutz seien bei der Planung ausreichend berücksichtigt worden. Auch ein internationaler Architekturwettbewerb sei entgegen der Aussage des Petenten nicht verpflichtend gewesen. Dem Petenten stehe der Rechtsweg offen, heißt es abschließend.

Oberbürgermeisterin Margret Mergen sagte gestern auf BT-Nachfrage, sie freue sich, dass mit der Entscheidung die Rechtmäßigkeit der städtischen Planung bestätigt worden sei. Vor allem für den Verweis auf die Planungshoheit der Gemeinde sei sie dankbar. „Das hilft uns natürlich in der weiteren Behandlung der Sache selber“, meinte sie.

